



Anwohner in Ottensen wehren sich gegen eine geplante Bebauung ihres Innenhofs. Zwischen Friedensallee, Hohenzollernring, Großer Brunnenstraße und Behringstraße sollen 155 neue Wohnungen entstehen. Die Nachbar-Initiative Otte60 setzt sich für eine moderate Bebauung ein.

ROLAND MAGUNIA (2)

Streit um Hinterhof nimmt eine Wendung

Unternehmen plant Wohnbebauung, seit Jahren wird darum gerungen. Initiative schließt sich plötzlich Kompromiss an

Katy Krause

Hamburg. Es ist ein Thema, das die Nachbarn elektrisiert. Seit Jahren wird um eine Bebauung eines riesigen Innenhofes in Ottensen gerungen. Kürzlich präsentierte der neue Investor seine Pläne für das Areal zwischen Friedensallee, Hohenzollernring, Großer Brunnenstraße und Behringstraße – und schockte damit die Anwohner-Initiative. Nun nimmt der Fall erneut eine überraschende Wendung.

Die Otte60, wie sich der Zusammenschluss aus 168 Nachbarn nennt, schließt sich einem Kompromiss der SPD an. Der Vorschlag sieht eine deutlich stärkere Bebauung des Hinterhofs vor, als einst zwischen Politik im Bezirk Altona und Anwohnern ausgehandelt. Aber er bleibt in der Höhe und Massivität hinter dem präsentierten Plan des Investors zurück.

Einzigster Haken: Eine knappe politische Mehrheit hatte kürzlich für die Fortführung des Verfahrens sowie eine öffentliche Plandiskussion gestimmt, bei der aber nur der Vorschlag des Investors zur Debatte steht. Der Protest ist groß.

„Die Stadtentwicklung darf nicht von Investoren diktiert werden“, kritisiert Detlef Brunkhorst, Mitglied der Bürgerinitiative. Er betont: „Wir waren immer dafür, dass hier

Wohnungen gebaut werden.“ Es geht ihm und den anderen Anwohnern um das Wie. Also wie viele Wohnungen und wie werden die Nachbarn eingebunden. Beides kritisiert die Initiative scharf. Von den jetzt vorgestellten Plänen fühlen sie sich überrollt, wie sie vor Ort in einem Gespräch mit dem Abendblatt berichten. Rund 30 Anwohner sind zu dem Termin gekommen.

„Wir lieben neue Nachbarn, aber es wäre toll, wenn sie zu uns passen und der Quartiersgedanke erhalten bleibt“, sagt beispielsweise Ali Wichmann. Er kritisiert unter anderem den Anteil an Eigentumswohnungen. Es brauche doch viel mehr bezahlbaren Wohnraum. Anwohner Martin Vorhauer sorgt sich um die Gebäudehöhen: „Wir befürchten, dass die Balkone keine Sonne mehr haben werden und die Lärmbelastung zunimmt, weil regelrechte Schluchten entstehen.“



Zum Hintergrund: Schon seit 2009 schwelt der Streit um den Hinterhof in Ottensen. Seither gab es für das Areal verschiedene Baupläne unterschiedlicher Eigentümer. Vor zehn Jahren wurden dann am runden Tisch Obergrenzen ausgehandelt, auf die man sich gemeinsam verständigte und die von der Bezirksversammlung Altona 2015 auch einstimmig beschlossen worden sind. Demnach sollen die neuen Gebäude maximal drei Stockwerke mit 7332 Quadratmetern Bauvolumen und 9,50 Metern Gebäudehöhe haben.

Knapp zehn Jahre später sehen die aktuellen Pläne deutlich anders aus als damals abgemacht. Das Bauunternehmen Otto Wulff – zuvor als Projektentwickler an Bord – ist jetzt Eigentümer. Dieser will 155 neue Wohnungen im Drittmix aus Eigentumswohnungen, Miet- sowie Sozialwohnungen schaffen.

Der Hinterhof zwischen Behringstraße, Hohenzollernring, Friedensallee und Großer Brunnenstraße ist geprägt von einer kleinteiligen Bebauung.

Dafür soll die kleinteilige Bebauung aus Gewerbe, Garagen und Parkplätzen weichen, fünf Gebäude mit einer Höhe von vier Geschossen plus Staffel dafür entstehen. Die Gebäudehöhe beträgt 15,6 Meter und die Bruttogeschossfläche 15.000 Quadratmeter. Das wäre eine Verdopplung zu dem einst ausgehandelten Bauvolumen.

Was die Anwohner-Initiative entsetzt, hat in Altona hingegen eine politische Mehrheit gefunden. Grüne, CDU und FDP stimmten für die Fortführung des Verfahrens. Auch politisch sorgt der Fall für Wirbel. Dass nun nur ein Vorschlag öffentlich diskutiert werden soll, der auch noch dem gültigen Beschluss der Bezirksversammlung widerspricht, halten die Linken für einen „politischen Skandal“ und Verstoß gegen das Bauplanungsrecht.

Aus ihrer Sicht sei es geboten, alle Alternativvorschläge zur Investorenplanung öffentlich zu diskutieren. „Das Gesetz sieht das ausdrücklich und verbindlich vor. Wir behalten uns dagegen rechtliche Schritte vor“, sagt Karsten Strasser, Fraktionschef der Linken in Altona. Es sei überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum allein die Maximalforderung des Investors präsentiert werde. Es käme jetzt darauf an, einen guten Kompromiss zwischen den Forderungen des Bauunternehmens,

der Anwohner und den Vorgaben der Bezirkspolitik zu finden. Und den gibt es.

Der Kompromissvorschlag, dem sich die Initiative jetzt angeschlossen hat, stammt von der SPD. Er sieht eine Bebauung mit drei Vollgeschossen plus Staffel mit einer Bruttogeschossfläche von 10.500 bis 12.000 Quadratmetern vor.

„Stadtentwicklung braucht Augenmaß und Akzeptanz“

„Unsere Stadt braucht mehr Wohnungen, aber eine Stadtentwicklung ohne Akzeptanz der Menschen vor Ort ist zum Scheitern verurteilt“, so Dennis Mielke, Stadtentwicklungsexperte der SPD. „Unser Ziel ist es, dass endlich gebaut wird – aber mit Augenmaß und Akzeptanz. Deshalb müssen wir jetzt einen realistischen Entwurf erarbeiten, der den Bedürfnissen der Stadt und der Anwohnerschaft gleichermaßen gerecht wird.“

Die SPD plant, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu bringen. Sie fordert: Das Verfahren soll ausgesetzt, der Kompromiss mit dem Bauträger diskutiert werden und ein neuer Entwurf entstehen, der in die Bürgerbeteiligung gehen soll. Inwieweit sie sich damit durchsetzen können, wird sich voraussichtlich schon am Donnerstag, 13. Februar, im Hauptausschuss zeigen.